VOLKER WIESE

Der Einfluss des EG-Rechts auf das Internationale Sachenrecht der Kulturgüter

Max-Planck-Institut
für ausländisches und internationales
Privatrecht

Studien zum ausländischen
und internationalen Privatrecht
160

Mohr Siebeck

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

160

Herausgegeben vom

Max-Planck-Institut für ausländisches
und internationales Privatrecht

Direktoren:

Jürgen Basedow, Klaus J. Hopt und Reinhard Zimmermann

Volker Wiese

Der Einfluß des EG-Rechts auf das Internationale Sachenrecht der Kulturgüter

Mohr Siebeck

Volker Wiese, geboren 1971; Studium der Rechtswissenschaften in Kiel, Strasbourg, Heidelberg und Montreal/Kanada (LL.M.); 2005 Promotion; wissenschaftlicher Assistent an der Bucerius Law School.

978-3-16-158492-3 Unveränderte eBook-Ausgabe 2019
ISBN 3-16-148866-0
ISBN-13 978-3-16-148866-5
ISSN 0720-1141 (Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht)

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über *http://dnb.ddb.de* abrufbar.

© 2005 Mohr Siebeck Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Held in Rottenburg gebunden.

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Frühjahrs-/Sommertrimester 2004 von der *Bucerius Law School* – Hochschule für Rechtswissenschaft – als Dissertation angenommen. Mit der mündlichen Prüfung über das Thema „Der Rückgewähranspruch des Verkäufers bei *aliud*-Lieferungen – Ein Lösungsansatz jenseits des Bereicherungsrechts" wurde das Promotionsverfahren am 7. Januar 2005 abgeschlossen.

Die Mitarbeit am Aufbau und an der Entwicklung der *Bucerius Law School* waren wohl die eindrucksvollsten Ereignisse der Zeit, innerhalb derer die vorliegende Doktorarbeit entstand. Die *Bucerius Law School* in Hamburg, gegründet von der ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius, nahm im Herbst 2000 ihren Lehrbetrieb als erste private Hochschule für Rechtswissenschaft in Deutschland auf. Nach Abschluss meines Referendariats in Berlin – ebenfalls im Herbst 2000 – wurde ich an der *Bucerius Law School* einer der Wissenschaftlichen Mitarbeiter der „ersten Stunde". Mit viel Engagement und Schöpferkraft wurden an der *Bucerius Law School* die Lehrstühle aufgebaut, die Lehrprogramme erarbeitet und die Konzepte verfeinert: eine spannende und ereignisreiche Zeit!

Nicht nur für diese Zeit, sondern auch ganz speziell für die Betreuung meiner Doktorarbeit möchte ich mich an erster Stelle bei Herrn Prof. Dr. Christian Armbrüster bedanken. Vor allem verdanke ich ihm den entscheidenden Anstoß, über die Thematik „Das Internationale Sachenrecht der Külturgüter" zu promovieren. Er hatte stets ein offenes Ohr für die sich stellenden Probleme, gab zahlreich Anregungen und wertvolle Ratschläge und begleitete mein Promotionsvorhaben mit viel Begeisterung. Ferner gebührt mein Dank Herrn Prof. Dr. Florian Faust für die Erstellung des Zweitgutachtens. Auch freue ich mich auf die weitere Zusammenarbeit mit ihm in der Zukunft. Schon wegen der äußerst herzlichen Aufnahme an seinem Lehrstuhl, an dem ich mittlerweile als Wissenschaftlicher Assistent tätig bin, werde ich ihm stets in großer Dankbarkeit verbunden sein.

Herrn Prof. Dr. Kurt Siehr möchte ich meine besondere Wertschätzung erweisen. Für die Aufnahme in die von ihm betreuten Doktorandenseminare zum Kunstrecht möchte ich mich herzlich bedanken. Selten habe ich so anregende und interessante Diskussionen auf einem derart beeindruckendem Niveau miterleben dürfen. Die Gespräche mit ihm gaben stets

brillante Anstöße für die Vertiefung der Studien. Schließlich möchte ich mich noch bei Herrn Prof. Dr. Herbert Kronke für die Zeit bedanken, als ich nach dem Ersten Staatsexamen Mitarbeiter am Heidelberger Institut für Internationales Privatrecht sein durfte. Vor allem ihm und Herrn Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Erik Jayme habe ich die starke Zuneigung zum Gebiet des Internationalen Privatrechts zu verdanken.

Ein Vorwort ist schließlich auch der Ort, an dem denjenigen besonders gedankt werden kann, die im privaten Umfeld eine wichtige Stütze in der Zeit der Anfertigung der Dissertation waren. Frau Dr. Katharina Franck und Herr Dr. Nikolai Wolff sind hier zusammen mit ihrer Tochter Anna als allererstes zu nennen. Nicht vergessen sein sollen auch meine anderen guten Freunde, von denen ich nur einen Teil an dieser Stelle herausgreifen kann, vor allem deshalb, weil sie mich bei der Überarbeitung und dem Korrekturlesen der Dissertation so tapfer unterstützt haben: Claudia Römer, Anaïs Berthou, Dr. Sascha Leske, Michael Joos. Frau Elke Wedemann möchte ich aufgrund unserer langjährigen Freundschaft abschließend noch besonders erwähnen.

Meinem Bruder Michael und meinen Eltern Annegret und Horst Wiese gilt jedoch mein größter Dank. Die Unterstützung durch meine Familie hat mir stets die Kraft für das Studium im In- und Ausland, für das Referendariat, die Examina und für das Erstellen dieser Doktorarbeit gegeben. Meinem Bruder und meinen Eltern möchte ich diese Arbeit widmen.

Hamburg, im Herbst 2005
Volker Wiese

Inhaltsübersicht

Einleitung

§ 1: Entwicklungstendenzen im Internationalen Sachenrecht der Kulturgüter 2
§ 2: Die Restitution von Kulturgütern als übergeordnetes Ziel 13
§ 3: Problemstellung 17

Hauptteil: Der Einfluss des Europäischen Rechts auf das Internationale Sachenrecht der Kulturgüter

1. Kapitel: Das Restitutionsverfahren nach der Richtlinie 93/7/EWG

§ 4: Hintergrund der Regelungen 25
§ 5: Die Verordnung 3911/92 als Voraussetzung des Restitutionssystems 26
§ 6: Der durch die Richtlinie 93/7/EWG geschaffene Restitutionsanspruch 29
§ 7: Verfahren und Bedingungen der Restitutionsklage 54
§ 8: Alternative Streitschlichtung 62
§ 9: Zusammenfassung des 1. Kapitels 63

2. Kapitel: Die Bedeutung des Internationalen Sachenrechts im Restitutionsverfahren

§ 10: Materielle und physische Restitution 67
§ 11: Artikel 12 der Richtlinie 93/7/EWG als eine Vorschrift des Kollisionsrechts 68
§ 12: Die weitere Präzisierung des kollisionsrechtlichen Gehalts des Art. 12 der Richtlinie 93/7/EWG anhand des Gebots der primärrechtskonformen Auslegung – Die Auslegung des Art. 12 der Richtlinie 93/7/EWG als Gesamt- oder als Sachnormverweisung 92
§ 13: Zusammenfassung des 2. Kapitels 153

3. Kapitel: Die deutschen Umsetzungsmaßnahmen zu Art. 12 der Richtlinie 93/7/EWG und die Bedeutung der Zuordnung dinglicher Berechtigungen an Kulturgütern vor ihrer Restitution

§ 14: Verstoß gegen die Richtlinie 93/7/EWG 158

§ 15: Verstoß gegen die Eigentumsgarantie 160
§ 16: Die Entschärfung der Problematik durch die kollisionsrechtliche Schwächung des Verkehrsschutzes 163
§ 17: Zusammenfassung des 3. Kapitels 257

Schlussbetrachtung

§ 18: Zusammenfassung der Ergebnisse in Thesen 261
§ 19: Ausblick – Der Beitritt Deutschlands zur UNESCO-Konvention von 1970 und das Internationale Sachenrecht der Kulturgüter 266

Inhaltsverzeichnis

Vorwort V
Inhaltsübersicht VII
Inhaltsverzeichnis IX
Abkürzungsverzeichnis XVIII

Einleitung 1

§ 1: Entwicklungstendenzen im Internationalen Sachenrecht der Kulturgüter 2
I. Der Grundsatz der Belegenheitsanknüpfung 2
1. Kulturgüter als res extra commercium 3
2. Der Verstoß gegen ausländische Ausfuhrbestimmungen 4
3. Gestohlene Kulturgüter 4
4. Die Anerkennung der unter der lex rei sitae erworbenen Rechte 5
5. Die Verjährung des Eigentumsherausgabeanspruchs 6
II. Auflockerungsbestrebungen bei gestohlenen und illegal exportierten Kulturgütern 7
1. Berücksichtigung einer ausländischen Unveräußerlichkeit 8
2. Qualifikation eines Kulturguts als unbeweglich 9
3. Alternativen zur Belegenheit als Ausdruck der engsten Verbindung eines Kulturguts mit der lex rei sitae 9
III. Kulturgüterschützendes Internationales Sachenrecht 10
1. Korrekturen innerhalb des Tatbestandes der lex rei sitae-Regel 11
2. Korrektur des Anknüpfungspunktes 11
§ 2: Die Restitution von Kulturgütern als übergeordnetes Ziel 13
I. Rückführung des Kulturguts durch Vindikation 14
II. Rückführung des Kulturguts durch Restitution 14
1. Völkerrechtlicher Restitutionsanspruch 15
2. Privatrechtlicher Restitutionsanspruch 16
§ 3: Problemstellung 17
I. Restitution innerhalb der Europäischen Gemeinschaft 17
II. Kollisionsrecht im Lichte des Gemeinschaftsrechts 18
III. Die Herabstufung der Erwerberinteressen im nationalen Kollisionsrecht 18
IV. Gang der Untersuchung 19

Hauptteil: Der Einfluss des Europäischen Rechts auf das Internationale Sachenrecht der Kulturgüter 23

1. Kapitel: Das Restitutionsverfahren nach der Richtlinie 93/7/EWG 24

§ 4: Hintergrund der Regelungen 25
§ 5: Die Verordnung 3911/92 als Voraussetzung des Restitutionssystems 26
I. Die Ausfuhrgenehmigung 27
II. Gemeinschaftsweite Ausdehnung nationaler Ausfuhrbeschränkungen 28
§ 6: Der durch die Richtlinie 93/7/EWG geschaffene Restitutionsanspruch 29
I. Das unrechtmäßige Verbringen 29
1. Die verschiedenen Konstellationen 30
a) Artikel 1 Nr. 2 Spiegelstrich 1 Fall 1 der Richtlinie 93/7/EWG 30
b) Artikel 1 Nr. 2 Spiegelstrich 1 Fall 2 der Richtlinie 93/7/EWG 30
c) Artikel 1 Nr. 2 Spiegelstrich 2 der Richtlinie 93/7/EWG 31
2. Unerheblichkeit einer Eigentumsverletzung 31
3. Zusammenfassung 32
II. Kulturgüter 32
1. Nationales Kulturgut 32
a) Unerheblichkeit des Eigentums des Schutzstaats 32
b) Einstufung eines Gutes als nationales Kulturgut 33
c) Europarechtliche Vorgaben für die Einstufung eines Gutes als nationales Kulturgut (Art. 28 ff. EGV) 33
aa) Nationale Kulturgüterschutzregelungen als Handelshemmnisse im Sinne von Art. 29 EGV 34
bb) Rechtfertigung dieser Handelshemmnisse nach Art. 30 EGV 36
(1) Kulturgutbegriff 37
(2) Nationalität des Kulturguts 41
(3) Kulturgut von künstlerischem, geschichtlichem oder archäologischem Wert 46
cc) Verhältnismäßigkeit 46
2. Kategorien der Richtlinie 48
a) Der Anhang der Richtlinie 93/7/EWG 48
b) Bestandteile von Museums-, Archiv- und Bibliothekssammlungen 51
c) Kirchengut 51
d) Differenzen zum Anwendungsbereich der VO 3911/92 52
3. Zusammenfassung 54
§ 7: Verfahren und Bedingungen der Restitutionsklage 54
I. Statthafte Klageart 55
II. Internationale Zuständigkeit der Gerichte 55
III. Beteiligtenfähigkeit 55
IV. Ordnungsgemäßheit der Klageerhebung 58

V. Verjährung des Rückgabeanspruchs 58
VI. Unzulässigkeit der Rückgabeklage 59
VII. Inhalt der Entscheidung, insbesondere die Entschädigungsregelung 59
§ 8: Alternative Streitschlichtung 62
§ 9: Zusammenfassung des 1. Kapitels 63

2. Kapitel: Die Bedeutung des Internationalen Sachenrechts im Restitutionsverfahren 64

§ 10: Materielle und physische Restitution 67
§ 11: Artikel 12 der Richtlinie 93/7/EWG als eine Vorschrift des Kollisionsrechts 68
I. Der Streitstand zur Auslegung des Art. 12 der Richtlinie 93/7/EWG 68
1. Keine von der Belegenheit abweichende sachenrechtliche Anknüpfung dinglicher Rechte (physische Restitution) 68
2. Sachenrechtliche Anknüpfung an die lex originis (materielle Restitution) 69
a) Sachnormverweisung auf die lex originis 70
b) Gesamtverweisung auf die lex originis 70
c) Untergang der unter der lex rei sitae wohlerworbenen Rechte 71
II. Die Umsetzungen des Art. 12 der Richtlinie 93/7/EWG in den Mitgliedstaaten . 71
1. Keine Umsetzung eines kollisionsrechtlichen Gehalts des Art. 12 der Richtlinie 93/7/EWG 71
2. Keine positive Entscheidung des Umsetzungsgesetzgebers 73
3. Umsetzung eines kollisionsrechtlichen Gehalts des Art. 12 der Richtlinie 93/7/EWG 73
III. Die Auslegung des Art. 12 der Richtlinie 93/7/EWG 77
1. Der Wortlaut: Art. 12 der Richtlinie 93/7/EWG als Vorschrift des Internationalen Privatrechts 78
a) Kollisionsnorm des Internationalen Sachenrechts 78
b) Die offene Frage: Mögliche Bestätigung der traditionellen lex rei sitae-Regel 80
2. Die systematische Stellung: Keine bloße Bestätigung der klassischen lex rei sitae-Regel 80
3. Der Wille des Richtliniengebers: Die kollisionsrechtliche Verweisung auf das Recht des ersuchenden Mitgliedstaat 81
a) Der von Art. 12 der Richtlinie 93/7/EWG angeordnete „Reinigungseffekt“ 81
b) Die Berufung des Rechts des ersuchenden Mitgliedstaats 83
4. Die Ziele der Restitution: Die rückwirkende Verweisung auf das Recht des ersuchenden Mitgliedstaats 84
a) Ex tunc- oder ex nunc- Verweisung auf das Recht des ersuchenden Mitgliedstaats 84
b) Die offene Frage: Rückwirkende Gesamt- oder Sachnormverweisung auf das Recht des ersuchenden Mitgliedstaats 85

IV. Zwischenergebnis 91
§ 12: Die weitere Präzisierung des kollisionsrechtlichen Gehalts des Art. 12 der Richtlinie 93/7/EWG anhand des Gebots der primärrechtskonformen Auslegung – Die Auslegung des Art. 12 der Richtlinie 93/7/EWG als Gesamt- oder als Sachnormverweisung 92
I. Das Gebot der am wenigsten belastenden Auslegung 93
II. Das Verbot der primärrechtswidrigen Auslegung 94
1. Kompetenz der Europäischen Gemeinschaft 95
a) Artikel 95 EGV 95
aa) Binnenmarktspezifischer Gegenstand der Richtlinie 93/7/EWG 96
bb) Rechtsangleichungsmaßnahme 99
b) Artikel 295 EGV 100
aa) Meinungsstand 100
(1) Vorbehalt zugunsten der einzelstaatlichen Eigentumsrechte 101
(2) Vorbehalt zugunsten von Enteignungsmaßnahmen 102
(3) Vorbehalt zugunsten der Eigentumspolitik 103
bb) Stellungnahme 103
2. Vereinbarkeit mit der Warenverkehrsfreiheit 105
a) Erforderlichkeit einer rückwirkenden Sachnormverweisung auf das Recht des ersuchenden Mitgliedstaats 106
b) Die weiten Ermessensspielräume des Rates in der Rechtsprechung des EuGH 107
c) Stellungnahme zur Kritik an der Rechtsprechung des EuGH 108
3. Vereinbarkeit einer rückwirkenden Sachnormverweisung auf das Recht des ersuchenden Mitgliedstaats mit den allgemeinen Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit, insbesondere mit der Eigentumsgarantie 110
a) Existenz und Verbindlichkeit einer europäischen Eigentumsgarantie 110
b) Vereinbarkeit einer rückwirkenden Sachnormverweisung auf das Recht des ersuchenden Mitgliedstaats mit der europäischen Eigentumsgarantie 114
aa) Unter der lex rei sitae erworbene dingliche Rechte als geschützte Eigentumspositionen 115
bb) Eingriff in die Eigentumsgarantie 117
(1) Terminologie 117
(2) Legalenteignung 118
(3) Administrativenteignung wohlerworbener Rechte 119
(a) Staatlicher Zugriff zur Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe 119
(b) Finalität des Zugriffs 120
(aa) Die Orientierung an der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts 120
(bb) Die Orientierung an der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte: Die de facto-Enteignung 121
(cc) Stellungnahme 122

cc) Neufassung der Inhalte und Schranken der unter der lex rei sitae erworbenen Rechtspositionen 124
(1) Gestaltungsauftrag an den Gesetzgeber 124
(2) Die beteiligten Interessen 125
(a) Bestandsschutzinteresse des Alteigentümers 126
(b) Verkehrsschutzinteresse des Erwerbers 127
(c) Das Kulturgutschutzinteresse des Herkunfts- und Schutzstaates des Kulturguts 127
(3) Die Gewichtung der beteiligten Interessen 128
(a) Die Neugewichtung der beteiligten Interessen zum Nachteil des Verkehrsschutzes 128
(b) Ausgleich des Ungleichgewichts 129
(4) Verhältnismäßigkeit einer rückwirkenden Sachnormverweisung auf das Recht des ersuchenden Mitgliedstaats 131
(a) Verhältnismäßigkeit im Sinne der Rechtsprechung des EuGH 131
(b) Verhältnismäßigkeit bei Zugrundelegung eines strengeren Prüfungsmaßstabes 133
(aa) Die eigentumsrechtliche Bestandsgarantie 134
(bb) Die eigentumsrechtliche Wertgarantie 135
(cc) Fazit 137
(c) Stellungnahme 138
(aa) Die Unvereinbarkeit der Interpretation des Art. 12 der Richtlinie 93/7/EWG als Sachnormverweisung mit den Vorgaben der Eigentumsgarantie 140
(bb) Die Vereinbarkeit der Interpretation des Art. 12 der Richtlinie 93/7/EWG als Gesamtverweisung mit den Vorgaben der Eigentumsgarantie 141
c) Das Problem der Rückwirkung des maßgeblichen Zeitpunkts der Einordnung des Gutes als nationales Kulturgut als weiteres Argument für die Auslegung des Art. 12 der Richtlinie 93/7/EWG als Gesamtverweisung 142
aa) Sinn und Zweck der nachträglichen Einstufung 143
bb) Das Rückwirkungsverbot 144
(1) Unzulässige echte Rückwirkung 144
(2) Unzulässige unechte Rückwirkung 148
(3) Die Fehleinschätzung des deutschen Gesetzgebers 149
cc) Verstoß gegen die Warenverkehrsfreiheit 150
dd) Rechtsstaatliche Inhalts- und Schrankenbestimmung 151
4. Ergebnis: Die Ablehnung der Ansicht der herrschenden Meinung zur Auslegung des Art. 12 der Richtlinie 93/7/EWG 152
§ 13: Zusammenfassung des 2. Kapitels 153

3. Kapitel: Die deutschen Umsetzungsmaßnahmen zu Art. 12 der Richtlinie 93/7/EWG und die Bedeutung der Zuordnung dinglicher Berechtigungen an Kulturgütern vor ihrer Restitution 157

§ 14: Verstoß gegen die Richtlinie 93/7/EWG 158
§ 15: Verstoß gegen die Eigentumsgarantie 160
§ 16: Die Entschärfung der Problematik durch die kollisionsrechtliche Schwächung des Verkehrsschutzes 163
I. Möglichkeiten der kollisionsrechtlichen Schwächung des Verkehrsschutzes 164
1. Die kollisionsrechtliche Schwächung des Verkehrsschutzes unter grundsätzlicher Beibehaltung der lex rei sitae-Regel 165
a) Fingierte Immobilität des Kulturguts 165
aa) Die verwendete internationalprivatrechtliche Methodik 167
bb) Stellungnahme 168
b) Übernahme kulturgüterrechtlicher Prägungen 170
aa) Die zugrunde liegende internationalprivatrechtliche Methodik 173
bb) Stellungnahme 173
c) Integration ausländischer kulturgüterrechtlicher Regeln in das Sachenrechtsstatut 175
aa) Die Methodik der doppelten Verweisung 177
(1) Die verwendete internationalprivatrechtliche Methodik 177
(2) Stellungnahme 178
(a) Die Anwendbarkeit der Lehre von der Sonderanknüpfung im Bereich des Internationalen Sachenrechts 179
(b) Grundsätzliche Voraussetzungen einer Sonderanknüpfung 180
(aa) Kriterien auf sachrechtlicher Ebene 181
(bb) Kriterien auf kollisionsrechtlicher Ebene: Schurigs Bündelungsmodell 184
(cc) Anwendung der kollisionsrechtlichen Kriterien auf res extra commercium 186
(dd) Anwendung der kollisionsrechtlichen Kriterien auf Ausfuhrverbote 187
(c) Ergänzende Voraussetzungen einer Sonderanknüpfung 188
(aa) Bedingte Verweisung 189
(bb) Shared Values 189
(d) Rechtsfolge der Sonderanknüpfung 191
(aa) Die Berücksichtigung der ausländischen Ausfuhrbestimmung als Sittenwidrigkeitsmerkmal im Sinne des § 138 BGB 191
(bb) Die Berücksichtigung der ausländischen Ausfuhrbestimmung als Verbotsgesetz im Sinne des § 134 BGB 194
bb) Die Methodik der faktischen Berücksichtigung 197
(1) Die verwendete internationalprivatrechtliche Methodik 197

(2) Einzelheiten zur Datum-Theorie 198
(a) Ausländische Verbotsgesetze als local data im Sinne der Datum-Theorie 198
(b) Das verletzte inländische Sittlichkeitsgebot 200
(c) Rechtsfolge 202
d) Fazit 203
2. Die kollisionsrechtliche Schwächung des Verkehrsschutzes durch Aufgabe der lex rei sitae-Regel 204
a) Gleichlauf des anwendbaren Sachenrechts vor und nach der Rückgabe des Kulturguts durch die Anknüpfung an die lex originis 204
aa) Lex originis und die „kulturelle Heimat" des Gutes 205
bb) Lex originis und der Staat des Exportverbots 206
cc) Lex originis und §§ 4 Abs. 1, 8 KultGüRückG 207
b) Grundlagen im Internationalen Privatrecht 208
aa) Lex rei sitae als unangemessenes Statut 208
bb) Die engste Verbindung mit der lex originis 210
(1) Kulturgüter als quasi-Immobilien 211
(2) Kulturgüter als quasi-res in transitu 211
(a) Die lex originis als Recht des „Heimathafens" des Kulturguts 212
(b) Exkurs: Kulturgüter auf Wanderausstellungen mit Rückgabezusagen nach § 20 des Gesetzes zum Schutze deutschen Kulturgutes gegen Abwanderung 213
(3) Das Auswirkungsprinzip 214
cc) Die Anwendung der lex originis als Sachnorm- oder Gesamtverweisung 215
(1) Der Grundsatz der Gesamtverweisung 215
(2) Sachnormverweisung als Folge einer wesentlich engeren Verbindung 216
c) Fazit 218
3. Zusammenfassung 218
II. Vereinbarkeit einer kollisionsrechtlichen Schwächung des Verkehrsschutzes mit europäischem Recht 219
1. Verstoß gegen die Richtlinie 93/7/EWG 219
2. Verstoß gegen die Warenverkehrsfreiheit 220
a) Die Geltung der Warenverkehrsfreiheit 220
b) Die Anknüpfung von Kulturgütern an die lex originis als „Maßnahme gleicher Wirkung" im Sinne der *Dassonville*-Formel 224
aa) Vorschriften des Privatrechts als Handelshemmnisse 225
bb) Die Verweisung auf die lex originis als Handelshemmnis 226
(1) Beschränkung auf eine Kontrolle des anzuwendenden Sachrechts 227
(2) Ausschließliche Kontrolle des Verweisungsergebnisses 228
(3) Kontrolle des Verweisungsbefehls 229

(a) Die These vom kollisionsrechtlichen Gehalt der Grundfreiheiten 230
(b) Die Kontrolle einer spezifisch kollisionsrechtlichen Beschränkung 232
c) Mögliche Ausnahmen vom Verbot der Anknüpfung an die lex originis als „Maßnahmen gleicher Wirkung" im Sinne der *Dassonville*-Formel ..235
aa) Die *Keck*-Ausnahme 235
(1) Die Anknüpfung an die lex originis als Verkaufsmodalität 236
(2) Die Anknüpfung an die lex originis als diskriminierende Maßnahme 237
(a) Rechtliche Diskriminierung 237
(b) Die Besonderheit der Kulturgüter 238
bb) Die *Cassis de Dijon*-Ausnahme 239
(1) Belange des Kulturgüterschutzes als zwingendes Erfordernis 240
(2) Die Anknüpfung an die lex originis als diskriminierende Maßnahme 241
cc) Rechtfertigung nach Art. 30 EGV 242
(1) Die Anknüpfung ausländischer Kulturgüter an ihre lex originis 243
(a) Rechtfertigung der Handelsbeschränkung aus den Gründen des Schutzes des nationalen Kulturguts 244
(b) Vom Herkunftsstaat abgeleitete Rechtfertigung der Handelsbeschränkungen 244
(c) Internationale Rechtshilfe 246
(d) Rechtfertigung aus Gründen der öffentlichen Sittlichkeit, Ordnung und Sicherheit 247
(e) Ergebnis 249
(2) Die Anknüpfung einheimischer Kulturgüter an ihre lex originis 249
(a) Rechtfertigung der Handelsbeschränkung aus den Gründen des Schutzes des deutschen Kulturguts 250
(b) Rechtfertigung der Handelsbeschränkung aus sonstigen Gründen 251
(c) Ergebnis 251
3. Zusammenfassung 252
III. Die Möglichkeiten einer verfassungs- und richtlinienkonformen Auslegung der §§ 4 Abs. 1, 8 KultGüRückG 253
1. Ex nunc-Sachnormverweisung und die Beachtung des ordre public des ersuchenden Mitgliedstaats 255
2. Teleologische Reduktion der §§ 4 Abs. 1, 8 KultGüRückG 256
3. Der Änderungsbedarf bei den §§ 4 Abs. 1, 8 KultGüRückG 257
§ 17: Zusammenfassung des 3. Kapitels 257

Schlussbetrachtung 261

§ 18: Zusammenfassung der Ergebnisse in Thesen 261
I. Restitution innerhalb der Europäischen Gemeinschaft 261
II. Kollisionsrecht im Lichte des Gemeinschaftsrechts 262
III. Die Herabstufung der Erwerberinteressen im nationalen Kollisionsrecht 264
IV. Das Internationale Sachenrecht der Kulturgüter 265
§ 19: Ausblick – Der Beitritt Deutschlands zur UNESCO-Konvention von 1970 und das Internationale Sachenrecht der Kulturgüter 266
I. Die Ausdehnung der Richtlinie 93/7/EWG auf die Rückgabeverpflichtungen nach der UNESCO-Konvention 266
II. Die Pflicht zur Sonderanknüpfung ausländischer Exportbestimmungen 269

Literaturverzeichnis 271

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
ABl. EG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
Abs.	Absatz
abw.	abweichend
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
al.	alinéa
a.F.	alte Fassung
AFDI	Annuaire Français de Droit International
Anh.	Anhang
Anm.	Anmerkung
Am.J.Comp.L.	American Journal of Comparative Law
AP	Arbeitsrechtliche Praxis, Nachschlagewerk des Bundesarbeitsgerichts
Art.	Artikel
AT	Allgemeiner Teil
Aufl.	Auflage
BAG	Bundesarbeitsgericht
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
Bd.	Band
Bek.	Bekanntmachung
Beschl. v.	Beschluss vom
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBl.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
BR-Drucksache	Drucksache des Bundesrates
BT-Drucksache	Drucksache des Deutschen Bundestages
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
CC	Code Civil
Ch.	Law Reports. Chancery Devision; Chapter
Chron.	Chronique
Clunet	Journal du Droit International Privé, fondé et publié par Edouard Clunet
Cour de Cass.	Cour de Cassation
Cour de Cass.ass.pl.	Cour de Cassation Assemblée plénière
D.	Receuil Dalloz
DDR	Deutsche Demokratische Republik

dens.	denselben
ders.	derselbe
dies.	dieselbe
DIP	Droit international privé
Diss.	Dissertation
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
DZWir	Deutsche Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EAGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft
EG	Europäische Gemeinschaften
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGKS-Vertrag	Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl
Einl.	Einleitung
E.L.Rev	European Law Review
EMRK	Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten
endg.	endgültig
ERPL	European Review of Private Law
EU	Europäische Union
EuG	Europäisches Gericht erster Instanz
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuR	Europarecht
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht
F.	Federal Reporter
f./ff.	folgende
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
Fn.	Fußnote
Foro it.	Il Foro Italiano
FS	Festschrift
F.Supp.	Federal Supplement
GA	Generalanwalt
Gaz.Pal.	La Gazette du Palais
GesSchr	Gesammelte Schriften
GG	Grundgesetz
GP	Gesetzgebungsperiode
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht
GRUR Int	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht, Internationaler Teil
GS	Gedächtnisschrift
GU	Gazzetta Ufficiale della Repubblica Italiana
GU SO	Supplemento ordinario alla Gazetta Ufficiale
Halbbd.	Halbband
HansOLG	Hanseatisches Oberlandesgericht

HansRZ	Hanseatische Rechtszeitschrift
Hrsg.	Herausgeber
hrsg.	herausgegeben
I.L.M.	International Legal Materials
Int.J.Cultural Property	International Journal of Cultural Property
Int'l & Comp.L.Q.	International and Comparative Law Quarterly
Int SachR	Internationales Sachenrecht
IPR	Internationales Privatrecht
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts
IPRG	(Bundes)Gesetz über das Internationale Privatrecht
IPRspr.	Die deutsche Rechtsprechung auf dem Gebiete des internationalen Privatrechts
i.S.d.	im Sinne der/des
j.nr.	journalnummer
Jura	Juristische Ausbildung
JuS	Juristische Schulung
JW	Juristische Wochenschrift
JZ	Juristenzeitung
Kap.	Kapitel
KOM	Kommissionsdokument
KultGüRückG	Kulturgüterrückgabegesetz
KultgutSiG	Kulturgutsicherungsgesetz
KultgSchG	Gesetz zum Schutz deutschen Kulturgutes gegen Abwanderung
KUR	Kunstrecht und Urheberrecht
LG	Landgericht
lit.	littera
LKV	Landes- und Kommunalverwaltung
LZ	Leipziger Zeitschrift für Deutsches Recht
Nr.	Nummer
MDR	Monatszeitschrift für Deutsches Recht
Mich.L.Rev.	Michigan Law Review
MüKo	Münchener Kommentar
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
n.F.	neue Fassung
NILR	Netherlands International Law Review
NJ	Nederlandse Jurisprudentie
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	NJW-Rechtsprechungs-Report Zivilrecht
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
N.Y.S.2d	West's New York Supplement
OG	Obergericht
OLG	Oberlandesgericht
OVG	Oberverwaltungsgericht
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
Rec. des Cours	Recueil des Cours
Rev.crit.dr.int.privé	Revue critique de droit international privé
RG	Reichsgericht
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen

Riv.dir.int.	Rivista di Diritto Internazionale
Riv.dir.int.priv.proc.	Rivista di Diritto Internazionale Privato e Processuale
RIW	Recht der internationalen Wirtschaft
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer
Rs.	Rechtssache
s.	siehe
S.	Seite
SI	Statutory Instruments
Slg.	Sammlung der Rechtsprechung des EuGH
teilw.	teilweise
Tex.L.Rev.	Texas Law Review
T.G.I.	Tribunal de Grande Instance
T.L.R.	Times Law Reports
Trib.civ.	Tribunal civil
Trib. Roma	Tribunale Roma
Tz.	Textzahl
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
UNIDROIT	Institut international pour l'unification du droit privé
Unterabs.	Unterabsatz
Urt. v.	Urteil vom
verb.	verbundene
Verf.	Verfasser
Verw.	Die Verwaltung
VersR	Versicherungsrecht
VfGH	Verfassungsgerichtshof
VG	Verwaltungsgericht
Vgl.	Vergleiche
VO	Verordnung
WarnR	Warneyers Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
WarnRspr.	Warneyers Rechtsprechung des Reichsgerichts auf dem Gebiete des Zivilrechts
WRP	Wettbewerb in Recht und Praxis
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
z.B.	zum Beispiel
ZBB	Zeitschrift für Bankrecht und Bankwirtschaft
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZEuS	Zeitschrift für europarechtliche Studien
ZfRV	Zeitschrift für Rechtsvergleichung
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht
Ziff.	Ziffer
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZVglRWiss	Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft

Einleitung

Es ist vor allem das besondere öffentliche Interesse an Kulturgütern, welches deren speziellen Schutz erfordert. Nach klassischem Verständnis zählt der Kulturgüterschutz daher im nationalen Recht zu einer der dem öffentlichen Recht unterstellten Staatsaufgaben.[1] International sind vor allem Fragen des Völkerrechts berührt.[2]

Das Gebiet des Privatrechts ist indes zu keiner Zeit von Kulturgüterschutzregeln unberührt geblieben. Gesetze zum Schutz des Kulturguts greifen vielfach in das Privatrecht ein.[3] Häufig bedienen sie sich sachenrechtlicher Behelfe oder wirken auf sachenrechtliche Verhältnisse ein.[4] So sichern sich Staaten vielerorts das Eigentum an ihren Kulturgütern[5] oder belasten dieses mit dinglichen Rechten, wie zum Beispiel Vorkaufsrechten.[6] Hinzu kommt, dass das Eigentum oftmals mittels Veräußerungsverboten dem allgemeinen Handel entzogen wird (sog. *res extra commercium*).[7] *Stoll* prägte in diesem Zusammenhang die Aussage:

„Das Sachenrecht wird gleichsam in den Dienst des Kulturgüterschutzes gestellt."[8]

Der klassische Grenzverlauf zwischen den Aufgaben des öffentlichen Rechts und des Privatrechts verblasst. Kulturgüterschützendes Privatrecht entfernt sich von den von *Medicus* beschriebenen „Hauptstützen der privat-

---

[1] In diesem Sinne *Kreuzer*, in: MüKo-BGB, EGBGB, Nach Art. 38 Anh. I Rn. 203 und 205; vgl. auch *Pieroth/Kampmann*, NJW 1990, 1385 (1386): „Das Kulturgutschutzgesetz, das ursprünglich als reines Instrument der Ordnungsverwaltung konzipiert war ..."

[2] Vgl. *Jayme*, in: Symposium (1990), S. 35 (36); *Stoll*, in: Symposium (1990), S. 53 (53); *v. Schorlemer*; S. 36 ff.

[3] *Jayme*, in: Symposium (1990), S. 35 (41).

[4] *Jayme*, in: Symposium (1990), S. 35 (41); *Stoll*, in: Symposium (1990), S. 53 (53).

[5] Siehe dazu eingehend *Müller-Katzenburg*, S. 62 ff.

[6] Siehe *Jayme*, in: Symposium (1990), S. 35 (41).

[7] Siehe dazu *Weidner*, S. 14 ff; *Weber*, S. 5 ff.

[8] So anschaulich *Stoll*, in: Symposium (1990), 53 (53).

rechtlichen Entscheidungsfreiheit":[9] Privatautonomie und Freiheit des Eigentümers. Es schränkt das Recht der in der Gesellschaft gleichgeordneten Individuen zur grundsätzlich eigenverantwortlichen[10] Wahrnehmung ihrer Individualinteressen[11] zugunsten allgemeiner Belange ein.

§ 1: Entwicklungstendenzen im Internationalen Sachenrecht der Kulturgüter

Die Instrumentalisierung des materiellen Privatrechts zugunsten des Kulturgüterschutzes bleibt nicht ohne Rückwirkung auf das Internationale Privatrecht. Ordnungsrelevantes materielles Privatrecht drängt dazu, dass seine besonderen Aufgaben und Funktionen im Internationalen Privatrecht Berücksichtigung finden.[12] Es scheint, als ob die Gerechtigkeitsideale, die das Internationale Privatrecht den materiellprivatrechtlichen Gerechtigkeitsidealen funktionell an sich vorordnet,[13] nur im Gleichklang mit den (nachgeordneten) materiellrechtlichen Wertungen bestehen können. Die Diskussion um die Anknüpfung dinglicher Rechtsverhältnisse an Kulturgütern spiegelt eine solche Entwicklung anschaulich wider, wie im Folgenden zu zeigen ist.

I. Der Grundsatz der Belegenheitsanknüpfung

Das Internationale Sachenrecht wird – weltweit[14] – von dem Grundsatz beherrscht, dass Rechte an einer Sache dem Recht des Staates unterliegen, in dem sich die Sache in dem für die Anknüpfung jeweils maßgeblichen Zeitpunkt befindet (sog. *lex rei sitae*-Regel).[15] Dieser Grundsatz ist auch Aus-

---

[9] *Medicus*, AT, Rn. 4.

[10] Deutlich zum Beispiel *Köndgen*, AcP 184 (1984), 600 (602): „Die jeweiligen Motivationen des Privatrechtssubjekts bleiben tabu, und die Folgen seines Tuns muß es allenfalls vor sich selbst verantworten."

[11] So die Kennzeichnung des Privatrechts bei *Larenz/Wolf*, AT, § 1 Rn. 10; ähnlich auch *Brox*, AT, Rn. 10.

[12] *Rehbinder*, JZ 1973, 151 (155); ähnlich auch *Gounalakis/Radke*, ZVglRWiss 98 (1999), 1 (4 f); angedeutet bereits bei *Wengler*, ZVglRWiss 54 (1941), 168 (176 ff).

[13] *Kegel/Schurig*, IPR, § 2 I (S. 131).

[14] Siehe nur *Kropholler*, IPR, § 54 I 1 (S. 541); *Röthel*, JZ 2003, 1027 (1030); vgl. auch *Wiesböck*, S. 14.

[15] Vgl. Art. 43 Abs. 1 EGBGB (Deutschland); § 32 IPRG (Österreich); Art. 100 IPRG (Schweiz).

gangspunkt der Entwicklung im Internationalen Sachenrecht der Kulturgüter. Die nachfolgend dargestellten Beispiele aus der Praxis sind hierfür Beleg. Sie beleuchten unterschiedliche Aspekte der *lex rei sitae*-Regel im Umgang der Gerichte mit Kunstwerken und Kulturgütern.

1. Kulturgüter als res extra commercium

Die Kulturgüterschutzregeln des Herkunftslands eines Kulturguts und das nach der *lex rei sitae*-Regel anzuwendende Recht des Landes der jeweiligen Belegenheit des Kulturguts können in Widerstreit treten. Besonders augenfällig wird dies, wenn Kulturgüter, die nach dem Recht ihres Herkunftslands als *res extra commercium* dem allgemeinen Handel entzogen sind, in ein anderes Land verbracht und dort übereignet werden. Es stellt sich die Frage, ob der heimatliche, verkehrsfeindliche Status einer *res extra commercium* im neuen Belegenheitsrecht aufrecht zu erhalten ist.
Ein älteres Beispiel der französischen Rechtstradition illustriert die soeben vorgestellte Problematik. Im Mittelpunkt dieses Falls stand eine spanische *res sacra*, also eine besondere Unterart der *res extra commercium*.[16]

Im Jahre 1885 lag dem *Tribunal civil de la Seine* eine Herausgabeklage des spanischen *Duc de Frias* zur Entscheidung vor, die eine vom *Baron Pichon* zuvor in Paris erworbene Silbervase betraf.[17] Das Gericht hielt eine Unveräußerlichkeit der Vase, eines Ziboriums, das der Kathedrale im spanischen Burgos entstammte und das nach spanischem Recht als *res sacra* dem Handel entzogen war, für unerheblich, weil

„l'intérêt d'ordre social qui a dicté la règle posée par l'art. 2279 du Code civil, exige que la loi française soit seule appliquée".[18]

Der *Baron Pichon* hatte, so das Gericht, nach dem anwendbaren französischen Recht der Belegenheit (*lex rei sitae*) das Eigentum an der Vase gutgläubig erworben.

Auch der italienische *Tribunale di Roma* entschied ein Jahrhundert später, dass sich die Eigenschaft einer *res extra commercium* nach dem Recht der jeweiligen Belegenheit richte.[19] Zwei im Eigentum des französischen Staates stehende Wandteppiche waren in diesem Fall unter ungeklärten Umständen von Frankreich nach Italien gelangt, wo sie von dem Kunsthändler

---

[16] *Weidner*, S. 16; *Weber*, S. 5.

[17] Trib.civ. de la Seine, 17.4.1885 (*Duc de Frias c. baron Pichon*), 13 Clunet 593 (1886).

[18] Trib.civ. de la Seine, 17.4.1885 (*Duc de Frias c. baron Pichon*), 13 Clunet 593, 595 (1886).

[19] *Stato francese c. Ministero per i beni culturali e ambientali e De Contessini*, Trib. Roma 27.6.1987, 71 Riv.dir.int.1988, 920.

De Contessini erworben wurden. Nachdem die Teppiche, die in Frankreich als *res extra commercium* besonders geschützte Kulturgüter waren, im Rahmen eines Strafverfahrens beschlagnahmt worden waren, verlangten sowohl *De Contessini* als auch der französische Staat deren Herausgabe. Beide Parteien beriefen sich auf ihr Eigentum. Das Gericht entschied, dass *De Contessini* wirksam nach der italienischen *lex rei sitae* Eigentum an den Teppichen erlangt hatte. Obgleich in Italien Kulturgüter ebenfalls als *res extra commercium* dem Handel entzogen werden konnten, verneinte das Gericht die Anwendung der italienischen Vorschriften über die Unveräußerlichkeit von *res extra commercium* auf die Teppiche, weil diese Bestimmungen nur für italienische Kulturgüter gelten würden.[20] Die *Corte di Cassazione* bestätigte 1995 die Entscheidung des *Tribunale di Roma*.[21]

2. Der Verstoß gegen ausländische Ausfuhrbestimmungen

Wird ein Kulturgut unter Missachtung geltender Ausfuhrbestimmungen in einen anderen Staat verbracht, so stellt sich die Frage, ob dem vorangegangenen Rechtsverstoß Auswirkungen im Recht der Belegenheit folgen. Nach der klassischen *lex rei sitae*-Regel, in der Interpretation der englischen Gerichte, ist dies nicht der Fall.

Deshalb scheiterte im Jahre 1918 vor englischen Gerichten das Herausgabebegehren des italienischen Staates für einen Teil der in Italien durch ein Ausfuhrverbot besonders geschützten, historisch wertvollen Medici-Archive, den *Cosimo de Medici* unerlaubt nach London zur Versteigerung verbracht hatte.[22] *Justice Peterson* sah sich nicht veranlasst, italienische (Ausfuhr-)Bestimmungen anzuwenden, nachdem sich die betroffenen Gegenstände nicht mehr in Italien befanden.

3. Gestohlene Kulturgüter

Amerikanische Gerichte stellten klar, dass auch bei abhanden gekommenen Kunstwerken und Kulturgütern nach der klassischen *lex rei sitae*-Regel an das Recht der zum jeweiligen Zeitpunkt maßgeblichen Belegenheit anzuknüpfen ist.

In den 70er und 80er Jahren des 20. Jahrhunderts beschäftigten sich amerikanische Gerichte mit den Herausgabeverlangen der Großherzogin von Sachsen-Weimar, der Bundesrepublik Deutschland sowie der Kunstsammlungen zu Weimar in der ehemaligen DDR, die sämtlich zwei Ge-

---

[20] *Stato francese c. Ministero per i beni culturali e ambientali e De Contessini*, Trib. Roma 27.6.1987, 71 Riv.dir.int.1988, 920, 921.

[21] *Governo di Francia c. De Contessini e altri*, Corte di Cassazione, sez. I, 24.11.1995, n. 12166, Foro it. 1996, Parte Prima, 907.

[22] *King of Italy and the Italian Government v. Marquis Cosimo de Medici Tornaquinci et al.*, (1918) 34 T.L.R. 623 (Ch.).

mälde von Dürer betrafen, welche 1945 in Deutschland gestohlen und 1946 in New York von dem Rechtsanwalt *Elicofon* erworben worden waren.[23] *Elicofon* verteidigte sich unter anderem mit dem Argument, er habe Eigentum an den Gemälden durch Ersitzung gemäß §§ 937-945 BGB erlangt.[24] Jedoch befand *District Judge Mishler*, dass

„New York's choice of law dictates that questions relating to the validity of a transfer of personal property are governed by the law of the state where the property is located at the time of the alleged transfer."[25]

Elicofon, so der Richter, habe nach New Yorker Recht kein Eigentum an den Dürer-Gemälden erlangt. Die Kunstsammlungen zu Weimar erhielten die Bilder zugesprochen.

4. Die Anerkennung der unter der lex rei sitae erworbenen Rechte

Werden Rechte an einem Kunstwerk oder Kulturgut unter der jeweils anzuwendenden *lex rei sitae* erworben, so stellt sich die Frage, ob diese Rechte anerkannt werden, wenn das Objekt danach in das Gebiet eines anderen Staates, also einer neuen *lex rei sitae*, gelangt. Die englischen Gerichte bejahten dies selbst für den Fall, dass ein in England gestohlenes Kunstwerk im Ausland gutgläubig erworben und nach England zurückgebracht worden war.

Diesen Aspekt der *lex rei sitae*-Regel betonte *Justice Slade* in dem Verfahren des *William Wilberforce Winkworth* gegen *Christie Manson* und *Woods Ltd.*[26] *Winkworth* hatte Klage auf Feststellung seines Eigentums an einigen Kunstwerken erhoben, die ihm in England gestohlen und danach nach Italien verbracht worden waren. Der Richter wies die Klage ab, da die Beklagten wirksam Eigentum an den Kunstwerken erlangt hätten. Die Kunstwerke waren, so *Justice Slade*, zuvor in Italien nach italienischem Recht gutgläubig erworben worden. *Justice Slade* ließ sich nicht überzeugen, englisches Recht, das einen Erwerb gestohlener Sachen kraft guten Glaubens nicht kannte, auf den Sachverhalt anzuwenden:

„Intolerable uncertainty in the law would result if the court were to permit the introduction of a wholly fictional English situs when applying the principle to any

---

[23] *Federal Republic of Germany v. Elicofon*, 536 F.Supp. 813 (E.D.N.Y. Aug. 24, 1978), aff'd 678 F.2d 1150 (2d Cir. (N.Y.) May 05, 1982); *Kunstsammlungen Zu Weimar v. Elicofon*, 536 F.Supp. 829 (E.D.N.Y. June 15, 1981), aff'd 678 F.2d 1150 (2d Cir. (N.Y.) May 05, 1982).

[24] *Kunstsammlungen Zu Weimar v. Elicofon*, 536 F.Supp. 829, 845 (E.D.N.Y. June 15, 1981).

[25] *Kunstsammlungen Zu Weimar v. Elicofon*, 536 F.Supp. 829, 845-846 (E.D.N.Y. June 15, 1981).

[26] *Winkworth v. Christie Manson and Woods Ltd. and Another* [1980] Ch. 496.

particular case, merely because the case happened to have a number of other English connecting factors."[27]

5. *Die Verjährung des Eigentumsherausgabeanspruchs*

In einer englischen Entscheidung wurde schließlich auch die Verjährung eines Eigentumsherausgabeanspruchs der *lex rei sitae*-Regel unterstellt.

So wendete *Justice Moses* die *lex rei sitae*-Regel an für Fragen des Eigentums an einem Gemälde von *Wtewael*.[28] Das Bild war 1946 der Stadt Gotha entwendet, in die Sowjetunion verbracht und in den 80er Jahren nach West-Berlin geschmuggelt worden. 1992 wurde es von Sotheby's zum Verkauf angeboten. Streitentscheidend wurde, ob der Eigentumsherausgabeanspruch bereits verjährt war. Eingehend setzte sich der Richter mit der internationalprivatrechtlichen Anknüpfung der Verjährung von Eigentumsherausgabeansprüchen auseinander.[29] Zu folgen sei, so *Justice Moses*, dem

„principle that the period of limitation applicable under the lex causae should be applied."[30]

Der sachenrechtliche Charakter des Herausgabeanspruchs,[31] der deutsches (Belegenheits-)Recht als *lex causae* erscheinen ließ, führte schließlich zur Anwendung der deutschen Verjährungsregeln.[32] Nach deutschem Recht war, so *Justice Moses*, keine Verjährung eingetreten. Im Dezember 1999 konnte das Gemälde schließlich wieder dem Schlossmuseum zu Gotha übergeben werden.[33]

---

[27] *Winkworth v. Christie Manson and Woods Ltd. and Another* [1980] Ch. 496, 509.

[28] *Gotha City v Sotheby's*, Queens Bench Division, 9 September 1998, abgedruckt mit Übersetzung bei *Carl/Güttler/Siehr*, Kunstdiebstahl vor Gericht, S. 78 (116): „Both sides agree that ... the validity of a transfer of a tangible movable and its effect on the proprietary rights of the parties thereto ... are governed by the law of the country where the movable is at the time of the transfer (Lex Situs)".

[29] *Gotha City v Sotheby's*, Queens Bench Division, 9 September 1998, abgedruckt mit Übersetzung bei *Carl/Güttler/Siehr*, Kunstdiebstahl vor Gericht, S. 78 (172 ff).

[30] *Gotha City v Sotheby's*, Queens Bench Division, 9 September 1998, abgedruckt mit Übersetzung bei *Carl/Güttler/Siehr*, Kunstdiebstahl vor Gericht, S. 78 (178).

[31] *Gotha City v Sotheby's*, Queens Bench Division, 9 September 1998, abgedruckt mit Übersetzung bei *Carl/Güttler/Siehr*, Kunstdiebstahl vor Gericht, S. 78 (176).

[32] *Gotha City v Sotheby's*, Queens Bench Division, 9 September 1998, abgedruckt mit Übersetzung bei *Carl/Güttler/Siehr*, Kunstdiebstahl vor Gericht, S. 78 (184); vgl. aber auch S. 176 und 182, wo *Justice Moses* große Sympathie für die Geltung englischen Verjährungsrechts zeigte.

[33] Vgl. Rede des Staatsministers Dr. Michael Naumann am 19.12.1999, abgedruckt bei *Carl/Güttler/Siehr*, Kunstdiebstahl vor Gericht, S.229 ff.

II. Auflockerungsbestrebungen bei gestohlenen und illegal exportierten Kulturgütern

Das vermehrte Auftreten von Plünderungen in Ausgrabungsstätten, von Diebstählen und Unterschlagungen von Kunst- und Kulturgütern sowie deren illegalem Verbringen unter Umgehung nationaler Ausfuhrverbote[34] führte zu einem ersten Überdenken der *lex rei sitae* als kollisionsrechtlichem Anknüpfungspunkt.[35] Nationale Besonderheiten im materiellen Sachenrecht ermöglichen zum Teil den gutgläubigen Erwerb gestohlener Gegenstände[36] oder deren Ersitzung.[37] Dem stehen Regelungen in nationalen Sachenrechten gegenüber, die infolge des „nemo dat"-Prinzips[38] im Grundsatz überhaupt keinen gutgläubigen Erwerb[39] oder doch zumindest keinen gutgläubigen Erwerb an gestohlenen Sachen zulassen.[40] Das Verschieben gestohlener Kulturgüter in Rechtsordnungen, in denen den Interessen des (redlichen) Erwerbers Vorrang vor den Interessen des Alteigentümers eingeräumt wird, gestattet aufgrund der traditionellen *lex rei sitae*-Regel ein „Säubern" des Kulturguts von den „Altbeständen" dinglicher Berechtigungen am Gut.[41] Gefordert wurde, die Anknüpfung an die *lex rei sitae* aufzulockern.[42]

Unterstützt wurden diese Forderungen von Entwicklungen auf internationaler Ebene. Artikel 13 lit. b der UNESCO-Konvention betreffend die Mittel zur Bekämpfung des illegalen Imports, Exports und Eigentumsübergangs an Kulturgütern von 1970[43] ermahnt ihre Mitgliedstaaten

„to admit actions for recovery of lost or stolen items of cultural property brought by or on behalf of the rightful owners".

---

[34] Siehe nur *Hanisch*, in: FS Müller-Freienfels (1986), 193 (214).

[35] So *Reichelt*, IPRax 1986, 73 (74); *Mansel*, IPRax 1988, 268 (271).

[36] So zum Beispiel Art. 1153 des italienischen Codice Civile.

[37] So zum Beispiel § 937 BGB.

[38] Oder auch „nemo plus juris transferre potest quam ipse habet".

[39] So üblicherweise in angloamerikanischen Rechtsordnungen; *Müller-Katzenburg*, S. 104; vgl. aus der Praxis *Autocephalous Greek-Orthodox Church of Cyprus v. Goldberg & Feldman Fine Arts Inc.*, 717 F.Supp. 1374, 1398 (S.D.Ind. Aug. 03, 1989); ferner auch zu den wenigen Ausnahmen im englischen Recht *Henrich/Huber*, § 6 III (S. 101 f).

[40] Vgl. nur § 935 Abs. 1 BGB.

[41] *Reichelt*, IPRax 1986, 73 (74).

[42] *Reichelt*, IPRax 1986, 73 (74); *Mansel*, IPRax 1988, 268 (271); *Hanisch*, in: FS Müller-Freienfels (1986), 193 (215).

[43] UNESCO Convention on the Illicit Movement of Art Treasures, abgedruckt in: 10 I.L.M. (1971), S. 289 ff.

Artikel 3 Abs. 1 des UNIDROIT-Übereinkommens über die Rückgabe gestohlener oder illegal exportierter Kulturgüter vom 24. Juni 1995[44] bestimmt:

„The possessor of a cultural object which has been stolen shall return it."

Eine Korrektur der Anknüpfung dinglicher Rechtsverhältnisse an gestohlenen Kunst- und Kulturgütern zugunsten eines stärkeren Schutzes des Alteigentümers erschien angezeigt.[45]

Auch hierfür bietet die Praxis einige Beispiele. Die Versuche, die *lex rei sitae*-Regel aufzulockern, wurden jedoch zum großen Teil in den höheren Instanzen wieder zurückgenommen.

1. Berücksichtigung einer ausländischen Unveräußerlichkeit

Eine strafrechtliche Entscheidung des *Hoge Raad* aus dem Jahre 1983 betraf eigentumsrechtliche Fragen an einer hölzernen Madonnenfigur, die 5 Jahre zuvor aus der katholischen Kirche in Batz-sur-Mer (Frankreich) gestohlen worden war.[46] Nach Beschlagnahme der Madonna in den Niederlanden musste dort entschieden werden, ob die Figur der Kirche in Batz-sur-Mer zurückgegeben werden konnte. Dem stand möglicherweise entgegen, dass der Antiquitätenhändler, in dessen Besitz sich die Madonna zum Zeitpunkt der Beschlagnahme befunden hatte, nach niederländischem Recht gutgläubig Eigentum an der Figur erworben hatte.[47] Die *Rechtbank* als Vorinstanz hatte insoweit angenommen, dass ein Eigentumserwerb des Antiquitätenhändlers auf jeden Fall ausscheiden müsse. Es sei die Qualität der Madonna als französisches „monument historique" zu beachten, für welches aus dem französischen Recht eine Unveräußerlichkeit herrührte.

Anders urteilte schließlich der *Hoge Raad*:

„Op deze gronden meent De R. dat de Rb. ten onrechte heeft geoordeld, dat te dezen geen Nederlands doch Frans recht van toepassing is."[48]

Zu beachten ist allerdings, dass den *Hoge Raad* bei seiner Entscheidung vor allem prozessuale Bedenken geleitet hatten, weil er ein Verfahren vor

---

[44] Abgedruckt bei *Müller-Katzenburg*, Anhang III.

[45] Deutlich *Mansel*, IPRax 1988, 268 (271).

[46] Hoge Raad 18 januari 1983, nr. 1311 Besch., NJ 1983 Nr. 455, 1402.

[47] Hoge Raad 18 januari 1983, nr. 1311 Besch., NJ 1983 Nr. 455, 1402, 1404.

[48] Hoge Raad 18 januari 1983, nr. 1311 Besch., NJ 1983 Nr. 455, 1402, 1405 – „Aus diesen Gründen meint der Raad, dass die Rechtbank zu Unrecht befunden hat, dass hier kein niederländisches, sondern französisches Recht anzuwenden ist." (Übersetzung durch Verf.)

den Zivilgerichten für solche Fragen als geeigneter ansah als das summarische vor den Strafgerichten.[49]

2. *Qualifikation eines Kulturguts als unbeweglich*

Die französischen Gerichte beschäftigten von Ende der 50er bis in die 80er Jahre des 20. Jahrhunderts hinein Klagen zur Herausgabe einiger aus der Kapelle von Casenoves entfernter Wandfresken,[50] die schließlich in die Schweiz verbracht wurden.[51] Die *Cour d'Appel de Montpellier*, auf deren Entscheidung in anderem Zusammenhang noch näher eingegangen werden soll,[52] bemühte eine „*fiction d'immobilisation*"[53] der Fresken, um diese noch als in der französischen Kapelle belegen anzusehen. Letztlich widersprach der Kassationshof einer solchen Art der Auflockerung der *lex rei sitae*-Regel.[54]

3. *Alternativen zur Belegenheit als Ausdruck der engsten Verbindung eines Kulturguts mit der lex rei sitae*

Noch anders näherten sich 1989/1990 amerikanische Gerichte der Klage Zyperns, die die Herausgabe in Zypern gestohlener byzantinischer Mosaiken betraf.[55] Indem die Gerichte das Herausgabebegehren als *replevin*-Klage mit deliktsrechtlicher Natur einstuften, gelangten sie kollisionsrechtlich zu einer *most significant contacts analysis*.[56] Obgleich Frau *Goldberg* die Mosaike im schweizerischen Genf erstanden hatte und es deshalb in Betracht kam, dass sie nach Schweizer Recht gutgläubig Eigentum an den Mosaiken erworben hatte, führte diese *analysis* nach Meinung von

---

[49] Dies betont vor allem *Müller-Katzenburg*, S. 187 f. und S. 293; vgl. auch *Verheul*, 31 NILR 419 (421 f).

[50] Siehe aus den Anfängen bereits Cour d'Appel de Montpellier, 2.1.1963, Gaz.Pal. 1963.1.193; Cour de Cass. (Civ. 1re) 25.1.1965, D.1965, 217.

[51] Speziell zu Fragen des Internationalen Privatrechts deshalb Cour d'Appel de Montpellier, 18.12.1984, D.1985, 208; Cour de Cass.ass.pl., 15.4.1988, D.1988, 325.

[52] Siehe *infra* ab S. 165.

[53] Cour d'Appel de Montpellier, 18.12.1984, D.1985, 208 (209) – *Ville de Genève et Fondation Abegg c. Consorts Margail.*

[54] Cour de Cass.ass.pl., 15.4.1988, D.1988, 325 (328 f) – *Fondation Abegg c. Ville de Genève et autres; Ville de Genève c. Veuve Ribes et autres* – mit Anm. *Maury* D.1988, 329.

[55] *Autocephalous Greek-Orthodox Church of Cyprus v. Goldberg & Feldman Fine Arts Inc.*, 717 F.Supp. 1374 (S.D.Ind. Aug. 03, 1989), aff'd 917 F.2d 278 (7th Cir. (Ind.) Oct. 24, 1990).

[56] *Autocephalous Greek-Orthodox Church of Cyprus v. Goldberg & Feldman Fine Arts Inc.*, 717 F.Supp. 1374, 1393 (S.D.Ind. Aug. 03, 1989), aff'd 917 F.2d 278, 286 (7th Cir. (Ind.) Oct. 24, 1990).

District Judge Noland dazu, dass das materielle Recht von Indiana anzuwenden sei.[57] Im Recht von Indiana gebe es

„long established rules of law ... that a thief never obtains title to stolen items, and that one can pass no greater title than one has."[58]

Immerhin suchte sich *Judge Noland* noch durch einen Rückgriff auf das Schweizer Recht abzusichern. Er bemühte hierzu sowohl das Internationale Privatrecht als auch das materielle Recht der Schweiz. Er argumentierte, dass das Schweizer Kollisionsrecht zwar grundsätzlich der *lex rei sitae*-Regel für die Beurteilung von Eigentumsfragen folge, jedoch seien die Mosaiken als *res in transitu* anzusehen, und es wäre damit auch von der Schweiz auf das Recht von Indiana als Zielort der Mosaiken verwiesen worden.[59] Zum materiellen Schweizer Recht schloss er auf „*suspicious circumstances*", die einen gutgläubigen Erwerb ohnehin ausgeschlossen hätten.[60]

III. Kulturgüterschützendes Internationales Sachenrecht

In das Zentrum der Diskussion um die kollisionsrechtliche Anknüpfung von Kulturgütern rückte schließlich allgemein die Frage,

„wie die Mittel des internationalen Sachenrechts ... dazu eingesetzt werden können, um dem Entzug und Verlust wertvollen Kulturguts entgegenzuwirken."[61]

---

[57] *Autocephalous Greek-Orthodox Church of Cyprus v. Goldberg & Feldman Fine Arts Inc.*, 717 F.Supp. 1374, 1394 (S.D.Ind. Aug. 03, 1989): „Defendant ... is a citizen of Indiana. ... The purchase of the mosaics was effected largely through the efforts of an Indiana art dealer ... The purchase of the mosaics was financed by a loan obtained from an Indiana bank ... Several Indiana residents ... hold an interest in any profits realized on the resale of the mosaics. ... Finally, the mosaics are presently in Indiana and have been in Indiana since they were transported from Geneva in July 1988. ... Therefore, the Court concludes that Indiana has the most significant contacts to this suit. Indiana law applies."

[58] *Autocephalous Greek-Orthodox Church of Cyprus v. Goldberg & Feldman Fine Arts Inc.*, 717 F.Supp. 1374, 1398 (S.D.Ind. Aug. 03, 1989).

[59] *Autocephalous Greek-Orthodox Church of Cyprus v. Goldberg & Feldman Fine Arts Inc.*, 717 F.Supp. 1374, 1395 (S.D.Ind. Aug. 03, 1989).

[60] *Autocephalous Greek-Orthodox Church of Cyprus v. Goldberg & Feldman Fine Arts Inc.*, 717 F.Supp. 1374, 1402 (S.D.Ind. Aug. 03, 1989).

[61] So die Problemstellung bei *Müller-Katzenburg*, S. 27; ähnlich auch bei *Schmeinck*, S. 28; *Spinellis*, S. 38; vgl. zudem *Hipp*, S. 2; *Weidner*, S. 6; *Kunze*, S. 7 f.

Stichwortverzeichnis

Abhandenkommen, 4 f., 250
– gesonderte Anknüpfung, 204 f.
Alternative Streitschlichtung, 62 f.
Aneignung
- Gemälde von Macke im Sperrmüll, 64
Anerkennung wohlerworbener Rechte, 5 f., 66, 82, 135, 140, 256
Ausfuhrgenehmigung, 27 f., 51 f., 145 ff., 161, 170, 196
Ausfuhrbeschränkungen, 4, 11, 25 ff., 28 f., 33, 51, 59, 143, 145, 176, 187 ff., 211, 218 f., 220, 247, 264
– mengenmäßige 34 ff.
Ausfuhrverbote 4, 7, 27, 34 ff., 47, 98 f., 171, 176, 185 ff., 246, 249
Autocephalous Greek-Orthodox Church of Cyprus v. Goldberg & Feldman Fine Arts Inc., s. *Cyprus v. Goldberg*

Bagatellklausel, s. Verordnung 3911/92
Basedow, 230 ff.
bedingte Verweisung, 189
Belegenheitsprinzip, s. lex rei sitae-Regel
Belgien, 12, 74, 238
Bellini, s. *Jeanneret v. Vichey*
Bestandsschutzinteresse, 126 ff.
Beteiligtenfähigkeit, 55 ff.
Bündelungsmodell, s. Schurig
Byzantinische Mosaiken, s. *Cyprus v. Goldberg*

Carrache-Schule, 66
Cassis de Dijon, 239 ff.
Casenoves
– Kapelle von Casenoves, s. *Ville de Genève et Fondation Abegg c. Consorts Margail*
cultural heritage, 207
cultural property, 7, 38, 266 f.
Currie, 214 f.
Cyprus v. Goldberg, 7, 9 f.

Dänemark, 73, 266
dames Margail, s. *Ville de Genève et Fondation Abegg c. Consorts Margail*
Danusso, s. *Repubblica dell'Ecuador contro Danusso e altri*
Dassonville, 35 f., 224 ff., 235 ff.
Datum-Theorie, 197 ff.
– local data, 197 ff.
– moral data, 198
De Contessini, s. *Stato francese c. Ministero per i beni culturali e ambientali e De Contessini*
Deutschland, 4 f., 16, 20, 75, 145 ff., 157, 161 f., 192 f., 199, 213 f., 222, 227, 233 ff., 248, 266 ff.
Domaine public, 65 ff., 85, 94, 102, 106, 128, 133 ff., 142, 154 f., 174, 183, 196, 211, 220, 251, 253 f., 263
dominio eminente, s. droit éminent
Drittlandsausfuhr, 27, 30 f., 50 f., 130, 149, 151
droit éminent, 171 ff.
Drouot, 66
Dualistische Auffassung, 20, 64 f.
Duc de Frias c. baron Pichon, 3
Dürer, s. *Kunstsammlungen Zu Weimar v. Elicofon*

Ecuador, s. *Repubblica dell'Ecuador contro Danusso e altri*
Ehrenzweig, s. Datum-Theorie

Eigentum
– Eigentumsgarantie, s. Eigentumsgrundrecht
– gutgläubiger Erwerb, s. Eigentumserwerb
– hinkende Eigentumslage, 82 f., 85, 154, 218, 262

- öffentliches, s. Domaine public
- Staatseigentum an Kulturgütern, 1, 3, 14, 16, 32 f., 65, 72, 102 f., 128, 170 f., 196
- s. auch Eigentumsgrundrecht

Eigentümer
- i.S.d. RL 93/7/EWG, 55 ff., 59 ff., 78 f., 136

Eigentumserwerb
- Aneignung, s. Aneignung
- Ersitzung, 5, 7, 64, 161
- Fund, 64
- gutgläubiger Erwerb, 3, 5, 7 ff., 13, 64, 66, 69, 82, 86, 88, 103, 161, 172 f., 186, 197, 203 f., 209, 215, 224, 250 f., 264, 268
- Verarbeitung, Verbindung, Vermischung, 64

Eigentumsherausgabeanspruch, 6, 14, 16, 94
- Verjährung, 6

Eigentumsgrundrecht
- Bestandsgarantie, 134 f., 140, 263
- deutsches, 118 ff., 160 ff., 249 f., 263
- Eingriff, 117 ff.
- Enteignung, s. Enteignung
- europäisches, 110 ff., 263
- Gemeinwohlbelange, 119 f., 123, 125, 131 ff.
- Inhalts- und Schrankenbestimmungen, 21, 117, 121 ff., 124 ff., 151 f.
- Internationales Privat- und Sachenrecht, 114, 116 f., 125 ff.
- Kernbereich, 133 f., 138 ff.
- Wertgarantie, 135 ff., 141
- Wesensgehalt, 125, 132 f., 155

Eigentumsordnung, 100 ff.
Eigentumspolitik, 103
Eigentums(titel)bestandsgarantie, s. *Jeanneret v. Vichey*
Eigentumsverletzung
- Unerheblichkeit, 31 f.,

Einfuhr, 27, 192, 201, 222, 233 f., 237 f., 269 ff.
Einfuhrbeschränkungen, 35, 42, 244
- mengenmäßige, 224

Eingriffsnormen, 141, 165, 177 ff., 247
Elicofon, s. *Kunstsammlungen Zu Weimar v. Elicofon*
England, s. Vereinigtes Königreich
Enteignung, 82 f., 102 f., 117 ff., 135
- Administrativenteignung, 119 ff.
- de facto-Enteignung, 121 ff.
- Entschädigungspflicht, 117, 122 f., 135 f.
- Legalenteignung, 118 f.

Entschädigung
- i.S.d. RL 93/7/EWG, 51, 57, 59 ff., 131 ff., 141, 153, 159, 164, 212, 243, 247, 253 f., 257 f., 265
- s. auch Enteigung,

Erbenbesitz, 57, 136
Ersitzung, s. Eigentumserwerb
Erwerber
- redlicher, 7, 12, 82, 103, 129 ff., 224, 265, 268
- i.S.d. RL 93/7/EWG, 59 ff.

Estland, 71, 266
Exportverbote, s. Ausfuhrverbote

fait accompli, 66, 81, 83
favor offerentis, 230, 232
Fingierte Immobilität, 9, 165 ff., 176
Finnland, 74, 201, 223, 266
Frankreich, 4, 8, 20, 74, 81 f., 86 f., 118 ff., 143, 161, 166, 266
fraus legis, 209
Fresken, s. *Ville de Genève et Fondation Abegg c. Consorts Margail*

Gesamtverweisung, 70, 86 f., 88 ff., 94, 106, 133 ff., 140 ff., 152 f., 157 ff., 160 ff., 186, 206, 208, 215 ff., 248, 251, 253, 257, 263, 265
Gesetzesumgehung, s. fraus legis
Geri c. l'Etat français – Affaire du tableau du Louvre: La Joconde, 81
Gotha City v. Sotheby's, 6, 94
Griechenland, 75, 96, 266
Guter Glaube
- Art. 9 der RL 93/7/EWG, 51, 61 f.
- s. auch Eigentumserwerb

Habgier, 45
Hamburger Stadtsiegel, s. Dualistische Auffassung

Heimatrecht, 126, 128, 133, 165, 169, 176, 212, 217, 250
Herkunftsland, 3, 11, 18, 28 f., 69 f., 206, 230 ff.
Hinkende Eigentumslage, s. Eigentum
Hoge Raad, 8

Import, s. Einfuhr
Institut de Droit International
- Baseler Resolution, 12 f., 89, 205 ff.
Internationale Zuständigkeit, 55, 166
Internationaler Entscheidungseinklang, 82, 217 f.
Irland, 72
Italien, 3 ff., 43 ff., 72 f., 171 f., 233 f., 239, 266

Jeanneret v. Vichey, 43 ff.

Keck, 235 ff., 242
King of Italy and the Italian Government v. Marquis Cosimo de Medici Tornaquinci et al., 4
Kirchengut, 32, 48, 51 ff., 58
Klageart, 55
Klageerhebung, 58
Kompetenz der Europäischen Gemeinschaft, 34, 95 ff., 108 f.
Kulturgut
- Begriff, 32 ff., 37 ff., 261 f., 267
- Einstufung, 33 ff., 46 f., 50, 59, 64, 129, 143 ff., 207 f., 261 f.
- europarechtliche Vorgaben, 33 ff.
- Kategorien der RL 93/7/EWG, 48 ff., 190 f., 267
- künstlerischer, geschichtlicher oder archäologischer Wert, 25, 37, 46, 242, 261 f.
- nationales, 32 ff., 214, 243
Kulturnationalismus, 45
Kunstsammlungen Zu Weimar v. Elicofon, 4 f.
Kykladenidol, 224

Lettland, 71
lex originis, 11 ff., 17, 21, 69 f., 76 ff., 84 ff., 89, 92, 95, 106, 114, 128 f., 134 f., 140 f., 152 f., 159, 163 ff., 170, 173, 204 ff., 210 ff., 219 f., 224 ff., 263 ff., 268
- Anknüpfung an die lex originis als Maßnahme gleicher Wirkung, 224 ff.
- belgisches IPRG, 12
- engste Verbindung, 210 ff.
- Heimathafen des Kulturguts, 212 f.
- kulturelle Heimat des Kulturguts, 205 f.
- Sachnorm- oder Gesamtverweisung auf die lex originis, 215 ff.
- Staat des Exportverbots, 206
lex rei sitae-Regel
- Auflockerungstendenzen, 7 ff., 13, 163 ff., 261
- Aufspaltung des Statuts, 76 f.
- klassische Form, 2 ff., 66 ff., 72, 80 f., 84, 90, 163, 165, 172 f., 261 ff.
Litauen, 71, 266
local data, s. Datum-Theorie
Louvre, 65 f.
Luxemburg, 75

Macke, s. Aneignung
Madonna von Batz-sur-Mer, s. Hoge Raad
Malta, 71
Matisse, s. *Jeanneret v. Vichey*
Medici, s. *King of Italy and the Italian Government v. Marquis Cosimo de Medici Tornaquinci et al.*
mobilia ossibus inhaerent, s. mobilia personam sequuntur
mobilia personam sequuntur, 126, 128
Mona Lisa, s. *Geri c. l'Etat français – Affaire du tableau du Louvre: La Joconde*
Monistische Auffassung, 20, 65 ff.
Monument historique, 8, 143
moral data, s. Datum-Theorie
most significant contacts analysis, 9 f.

National Stolen Property Act, 170 f.
Niederlande, 8, 74, 76, 245
Nigeria-Entscheidung, 191 ff., 198, 200, 202
numerus clausus, 13, 126 f., 182
nemo dat, 7, 186
nemo plus juris transferre potest, s. nemo dat

Öffentliches Eigentum, s. Eigentum

Österreich, 2, 75, 76, 118 ff., 137, 141
Ordnungsinteresse, 127 f., 187 f., 215, 217
ordre public
- englischer, 94
- französischer, 81 f., 86 f., 90
- internationaler, 172, 231
- interner, 172, 231
- schematisierter ordre public, 71, 88
- Unbeachtlichkeit des fremden ordre public, 82, 256

Polen, 71
Portugal, 73, 143, 266
Poussin, s. *Réunion des Musées nationaux et autre c. Dame Prébois, veuve Saint-Arroman et autres*
Prägungstheorie, 165, 170 ff., 176, 264
Präkolumbische Artefakte, s. *U.S. v. McClain*
Primärrechtskonforme Auslegung, 92 ff., 263

Raffael, s. *Jeanneret v. Vichey*
Register, 128 f., 224
Reinigungseffekt, 81 ff.
replevin-Klage, 9
Repubblica dell'Ecuador contro Danusso e altri, 171 f.
Réunion des Musées nationaux et autre c. Dame Prébois, veuve Saint-Arroman et autres, 65 f.
res extra commercium, 1, 3 f., 11, 36, 81 f., 85 ff., 90, 94, 98, 170 ff., 183, 186 f., 196, 226 f., 233, 235 f., 241, 264, 268
res in transitu, 10, 211 f.
res sacra, 3
Resolution
- Baseler, s. Institut de Droit International
Restitution
- materielle, 67 f., 69 ff., 77, 84 ff., 89 ff., 102, 106 f., 120, 134, 140, 158 ff., 249 f., 253 f., 262
- physische, 67 ff., 77
Restitutionsanspruch
- UNESCO-Konvention 1970, 15, 266 ff.
- s. auch Richtlinie 93/7/ EWG
Restitutionsklage
- UNESCO-Konvention 1970, 267
- s. auch Richtlinie 93/7/ EWG
Richtlinie 93/7/EWG
- Kulturgüter, s. Kulturgut
- Restitutionsanspruch, 29 ff., 64, 70, 80, 119 f., 129, 145, 148 f., 159, 261 f., 267
- Restitutionsklage, 45, 54 ff., 110, 129, 161, 213
- unrechtmäßiges Verbringen, 29 ff., 58, 61, 97 f., 113, 145 f., 154, 206, 262
Rückgabezusage, 213 f.
Rückwirkungsverbot, 142 ff., 262 f.

Sachherrschaft
- tatsächliche, 56 ff., 78, 136
Sachnormverweisung, 13, 70, 76 ff., 85, 89 ff., 92 ff., 157 ff., 160 ff., 163 f., 204, 215 ff., 243, 248 f., 251, 253 ff., 263, 265
Schmuggel, 6, 170, 192, 220 ff., 248 f.
Schuldstatutstheorie, 178, 195
Schurig
- Bündelungsmodell, 184 ff.
Schweden, 74, 266
Schweiz, 9 f., 16, 43, 166
self-executing, 269
shared values, 189 ff.
Sittenwidrigkeit, 11, 176 f., 191 ff., 197 f., 200 ff., 249, 264
Situs-Regel, s. lex rei sitae-Regel
Slowakei, 71, 266
Slowenien, 71, 266
Sonderanknüpfung
- Theorie, 152, 165, 177 ff., 201, 203, 249, 264
- UNESCO-Konvention 1970, 269 ff.
Sotheby's, s. *Gotha City v. Sotheby's*
Spanien, 72, 88, 118 f., 124, 266
Sperrmüll, s. Aneignung
Stato francese c. Ministero per i beni culturali e ambientali e De Contessini, 3 f.
Statutenwechsel, 66, 90, 116, 169 f., 173, 175 f., 211

Territorialität öffentlichen Rechts, 174, 188

Teilfrage, 101, 233
Transpositionslehre, 173 ff.
Tschechien, 71, 266

umbrella statutes, 128
Umsetzungsmaßnahmen zur RL 93/7/EWG
- Belgien, 74
- Dänemark, 73
- Deutschland, 75
- Finnland, 74
- Frankreich, 74
- Griechenland, 75
- Irland, 72
- Italien, 72
- Luxemburg, 75
- Niederlande, 74
- Österreich, 75
- Portugal, 75
- Schweden, 74
- Spanien, 72
- Vereinigtes Königreich, 72
UNESCO-Konvention 1970, 7, 15 f., 38 f., 136, 192, 266 ff.
Ungarn, 71, 266
UNIDROIT-Übereinkommen 1995, 8, 16, 18, 38
Unübertragbarkeit, 65
Unveräußerlichkeit, 3 f., 8 f., 11, 66, 85, 87, 154, 170 ff., 176, 196, 211
Unverjährbarkeit, 58, 65
Untergang wohlerworbener Rechte, 67, 71, 77, 81 ff., 120, 135, 220, 256, 263
U.S. v. McClain, 170 f.

Veräußerungsverbot, 1, 76
Vereinigtes Königreich, 16, 72, 245, 266
Verhältnismäßigkeitsgrundsatz, 46 ff., 107 ff., 122, 131 ff.
Verjährung
- Eigentum, s. Eigentumsherausgabeanspruch
- Rückgabeklage, 58
Verkaufsmodalität, 235 ff.
Verkehrsfähigkeit, 175, 186 f., 215, 233, 237, 241
Verkehrsschutzinteresse, 13 f., 127 ff., 149, 163 ff., 187, 204 ff., 264
Verordnung 3911/92
- Bagatellklausel, 52
- gemeinschaftsinterner Kulturgutexport, 146 f.
- s. auch Drittlandsausfuhr
Ville de Genève et Fondation Abegg c. Consorts Margail, 9, 166 ff.
Vindikation, 12, 14, 17 f.
- s. auch Eigentumsherausgabeanspruch
Vorbehalt
- Art. 295 EGV, 100 ff.
Vorkaufsrecht, 1, 34, 36, 66

Wallonische Abfälle, 238 f.
Warenverkehrsfreiheit, 25, 33 ff., 95, 97 ff., 105 ff., 139, 150 f., 220 ff., 253, 261, 265
Waverley-Kriterien, 143
Wengler, 180, 189, 247
Wermutwein-Entscheidung, 233 ff., 237
Winkworth v. Christie Manson and Woods Ltd. and Another, 5 f., 66 f., 90
Wohlerworbene dingliche Eigenschaft, 170 ff., 264
Wohlerworbene Rechte, 115 ff.
- s. auch Anerkennung wohlerworbener Rechte
- s. auch Untergang wohlerworbener Rechte
Wtewael, s. *Gotha City v. Sotheby's*

Zwingende Erfordernisse, s. *Cassis de Dijon*
Zwingende Vorschriften, 82, 126 f., 181 f., 253
- international, 141, 177 ff.
- national, 181 ff.
Zypern, 9, 71, 266

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

Alphabetische Übersicht

Adam, Wolfgang: Internationaler Versorgungsausgleich. 1985. *Band 13.*
Ady, Johannes: Ersatzansprüche wegen immaterieller Einbußen. 2004. *Band 136.*
Ahrendt, Achim: Der Zuständigkeitsstreit im Schiedsverfahren. 1996. *Band 48.*
Amelung, Ulrich: Der Schutz der Privatheit im Zivilrecht. 2002. *Band 97.*
Anderegg, Kirsten: Ausländische Eingriffsnormen im internationalen Vertragsrecht. 1989. *Band 21.*
Athanassopoulou, Victoria: Schiffsunternehmen und Schiffsüberlassungsverträge. 2005. *Band 151.*
Bälz, Moritz: Die Spaltung im japanischen Gesellschaftsrecht. 2005. *Band* 158.
Bartels, Hans-Joachim: Methode und Gegenstand intersystemarer Rechtsvergleichung. 1982. *Band 7.*
Bartnik, Marcel: Der Bildnisschutz im deutschen und französischen Zivilrecht. 2004. *Band 128.*
Basedow, Jürgen / Wurmnest, Wolfgang: Die Dritthaftung von Klassifikationsgesellschaften. 2004. *Band 132.*
Basedow, Jürgen (Hrsg.): Europäische Verkehrspolitik. 1987. *Band 16.*
– / *Scherpe, Jens M.* (Hrsg.): Transsexualität, Staatsangehörigkeit und internationales Privatrecht. 2004. *Band 134.*
Baum, Harald: Alternativanknüpfungen. 1985. *Band 14.*
Behrens, Peter: siehe *Hahn, H.*
Beulker, Jette: Die Eingriffsnormenproblematik in internationalen Schiedsverfahren. 2005. *Band 153.*
Böhmer, Martin: Das deutsche internationale Privatrecht des timesharing. 1993. *Band 36.*
Boelck, Stefanie: Reformüberlegungen zum Haager Minderjährigenschutzabkommen von 1961. 1994. *Band 41.*
Brand, Oliver: Das internationale Zinsrecht Englands. 2002. *Band 98.*
Brockmeier, Dirk: Punitive damages, multiple damages und deutscher ordre public. 1999. *Band 70.*
Brückner, Bettina: Unterhaltsregreß im internationalen Privat- und Verfahrensrecht. 1994. *Band 37.*
Buchner, Benedikt: Kläger- und Beklagtenschutz im Recht der internationalen Zuständigkeit. 1998. *Band 60.*
Busse, Daniel: Internationales Bereicherungsrecht. 1998. *Band 66.*
Dawe, Christian: Der Sonderkonkurs des deutschen Internationalen Insolvenzrechts. 2005. *Band 159.*
Dilger, Jörg: Die Regelungen zur internationalen Zuständigkeit in Ehesachen in der Verordnung (EG) Nr. 2201/2003. 2004. *Band 116.*
Döse-Digenopoulos, Annegret: Der arbeitsrechtliche Kündigungsschutz in England. 1982. *Band 6.*
Dohrn, Heike: Die Kompetenzen der Europäischen Gemeinschaft im Internationalen Privatrecht. 2004. *Band 133.*
Dopffel, Peter (Hrsg.): Ehelichkeitsanfechtung durch das Kind. 1990. *Band 23.*
– (Hrsg.): Kindschaftsrecht im Wandel. 1994. *Band 40.*

–, *Ulrich Drobnig* und *Kurt Siehr* (Hrsg.): Reform des deutschen internationalen Privatrechts. 1980. *Band 2.*

Dornblüth, Susanne: Die europäische Regelung der Anerkennung und Vollstreckbarerklärung von Ehe- und Kindschaftsentscheidungen. 2003. *Band 107.*

Drappatz, Thomas: Die Überführung des internationalen Zivilverfahrensrechts in eine Gemeinschaftskompetenz nach Art. 65 EGV. 2002. *Band 95.*

Drobnig, Ulrich: siehe *Dopffel, Peter.*

Eichholz, Stephanie: Die US-amerikanische Class Action und ihre deutschen Funktionsäquivalente. 2002. *Band 90.*

Eisele, Ursula S.: Holdinggesellschaften in Japan. 2004. *Band 121.*

Eisenhauer, Martin: Moderne Entwicklungen im englischen Grundstücksrecht. 1997. *Band 59.*

Ernst, Ulrich: Mobiliarsicherheiten in Deutschland und Polen. 2005. *Band 148.*

Eschbach, Sigrid: Die nichteheliche Kindschaft im IPR – Geltendes Recht und Reform. 1997. *Band 56.*

Faust, Florian: Die Vorhersehbarkeit des Schadens gemäß Art. 74 Satz 2 UN-Kaufrecht (CISG). 1996. *Band 50.*

Fenge, Anja: Selbstbestimmung im Alter. 2002. *Band 88.*

Fetsch, Johannes: Eingriffsnormen und EG-Vertrag. 2002. *Band 91.*

Fischer-Zernin, Cornelius: Der Rechtsangleichungserfolg der Ersten gesellschaftsrechtlichen Richtlinie der EWG. 1986. *Band 15.*

Förster, Christian: Die Dimension des Unternehmens. 2003. *Band 101.*

Forkert, Meinhard: Eingetragene Lebenspartnerschaften im deutschen IPR: Art. 17b EGBGB. 2003. *Band 118.*

Freitag, Robert: Der Einfluß des Europäischen Gemeinschaftsrechts auf das Internationale Produkthaftungsrecht. 2000. *Band 83.*

Fricke, Martin: Die autonome Anerkennungszuständigkeitsregel im deutschen Recht des 19. Jahrhunderts. 1993. *Band 32.*

Fricke, Verena: Der Unterlassungsanspruch gegen Presseunternehmen zum Schutze des Persönlichkeitsrechts im internationalen Privatrecht. 2003. *Band 110.*

Fröschle, Tobias: Die Entwicklung der gesetzlichen Rechte des überlebenden Ehegatten. 1996. *Band 49.*

Fromholzer, Ferdinand: Consideration. 1997. *Band 57.*

Ganssauge, Niklas: Internationale Zuständigkeit und anwendbares Recht bei Verbraucherverträgen im Internet. 2004. *Band 126.*

Godl, Gabriele: Notarhaftung im Vergleich. *Band 85.*

Gottwald, Walther: Streitbeilegung ohne Urteil. 1981. *Band 5.*

Graf, Ulrike: Die Anerkennung ausländischer Insolvenzentscheidungen. 2003. *Band 113.*

Grigera Naón, Horacio A.: Choice of Law Problems in International Commercial Arbitration. 1992. *Band 28.*

Grolimund, Pascal: Drittstaatenproblematik des europäischen Zivilverfahrensrechts. 2000. *Band 80.*

Hahn, H. u.a.: Die Wertsicherung der Young-Anleihe. Hrsg. von Peter Behrens. 1984. *Band 10.*

Handorn, Boris: Das Sonderkollisionsrecht der deutschen internationalen Schiedsgerichtsbarkeit. 2005. *Band 141.*

Hartenstein, Olaf: Die Privatautonomie im Internationalen Privatrecht als Störung des europäischen Entscheidungseinklangs. 2000. *Band 81.*

Hein, Jan von: Das Günstigkeitsprinzip im Internationalen Deliktsrecht. 1999. *Band 69.*

Hellmich, Stefanie: Kreditsicherungsrechte in der spanischen Mehrrechtsordnung. 2000. *Band 84.*

Hellwege, Phillip: Die Rückabwicklung gegenseitiger Verträge als einheitliches Problem. 2004. *Band 130.*
Hinden, Michael von: Persönlichkeitsverletzungen im Internet. 1999. *Band 74.*
Hippel, Thomas von: Der Ombudsmann im Bank- und Versichungswesen. 2000. *Band 78.*
Hutner, Armin: Das internationale Privat- und Verfahrensrecht der Wirtschaftsmediation. 2005. *Band 156.*
Hye-Knudsen, Rebekka: Marken-, Patent- und Urheberrechtsverletzungen im europäischen Internationalen Zivilprozessrecht. 2005. *Band 149.*
Janssen, Helmut: Die Übertragung von Rechtsvorstellungen auf fremde Kulturen am Beispiel des englischen Kolonialrechts. 2000. *Band 79.*
Jeremias, Christoph: Internationale Insolvenzaufrechnung. 2005. *Band 150.*
Jung, Holger: Ägytisches internationales Vertragsrecht. 1999. *Band 77.*
Junge, Ulf: Staatshaftung in Argentinien. 2002. *Band 100.*
Kadner, Daniel: Das internationale Privatrecht von Ecuador. 1999. *Band 76.*
Kannengießer, Matthias N.: Die Aufrechnung im internationalen Privat- und Verfahrensrecht. 1998. *Band 63.*
Kapnopoulou, Elissavet N.: Das Recht der mißbräuchlichen Klauseln in der Europäischen Union. 1997. *Band 53.*
Karl, Anna-Maria: Die Anerkennung von Entscheidungen in Spanien. 1993. *Band 33.*
Karl, Matthias: siehe *Veelken, Winfried.*
Kern, Christoph: Die Sicherheit gedeckter Wertpapiere. 2004. *Band 135.*
Kircher, Wolfgang: Die Voraussetzungen der Sachmängelhaftung beim Warenkauf. 1998. *Band 65.*
Klauer, Stefan: Das europäische Kollisionsrecht der Verbraucherverträge zwischen Römer EVÜ und EG-Richtlinien. 2002. *Band 99.*
Kleinschmidt, Jens: Der Verzicht im Schuldrecht. 2004. *Band 117.*
Kliesow, Olaf: Aktionärsrechte und Aktionärsklagen in Japan. 2001. *Band 87.*
Köhler, Martin: Die Haftung nach UN-Kaufrecht im Spannungsverhältnis zwischen Vertrag und Delikt. 2003. *Band 111.*
Koerner, Dörthe: Fakultatives Kollisionsrecht in Frankreich und Deutschland. 1995. *Band 44.*
Kopp, Beate: Probleme der Nachlaßabwicklung bei kollisionsrechtlicher Nachlaßspaltung. 1997. *Band 55.*
Kronke, Herbert: Rechtstatsachen, kollisionsrechtliche Methodenentfaltung und Arbeitnehmerschutz im internationalen Arbeitsrecht. 1980. *Band 1.*
Landfermann, Hans-Georg: Gesetzliche Sicherungen des vorleistenden Verkäufers. 1987. *Band 18.*
Leicht, Steffen: Die Qualifikation der Haftung von Angehörigen rechts- und wirtschaftsberatender Berufe im grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr. 2002. *Band 82.*
Linhart, Karin: Internationales Einheitsrecht und einheitliche Auslegung. 2005. *Band 147.*
Linker, Anja Celina: Zur Neubestimmung der Ordnungsaufgaben im Erbrecht in rechtsvergleichender Sicht. 1999. *Band 75.*
Lohmann, Arnd: Parteiautonomie und UN-Kaufrecht. 2005. *Band 119.*
Lorenz, Verena: Annexverfahren bei Internationalen Insolvenzen. 2005. *Band 140.*
Lüke, Stephan: Punitive Damages in der Schiedsgerichtsbarkeit. 2003. *Band 105.*
Meier, Sonja: Irrtum und Zweckverfehlung. 1999. *Band 68.*
Melin, Patrick: Gesetzesauslegung in den USA und in Deutschland. 2004. *Band 137.*
Minuth, Klaus: Besitzfunktionen beim gutgläubigen Mobiliarerwerb im deutschen und französischen Recht. 1990. *Band 24.*

Mistelis, Loukas A.: Charakterisierungen und Qualifikation im internationalen Privatrecht. 1999. *Band 73.*
Mörsdorf-Schulte, Juliana: Funktion und Dogmatik US-amerikanischer punitive damages. 1999. *Band 67.*
Morawitz, Gabriele: Das internationale Wechselrecht. 1991. *Band 27.*
Müller, Achim: Grenzüberschreitende Beweisaufnahme im Europäischen Justizraum. 2004. *Band 125.*
Müller, Carsten: International zwingende Normen des deutschen Arbeitsrechts. 2005. *Band 157.*
Nemec, Jiří: Ausländische Direktinvestitionen in der Tschechischen Republik. 1997. *Band 54.*
Neumann, Nils: Bedenkzeit vor und nach Vertragsabschluß. 2005. *Band 142.*
Neunhoeffer, Friederike: Das Presseprivileg im Datenschutzrecht. 2005. *Band 146.*
Niklas, Isabella Maria: Die europäische Zuständigkeitsordnung in Ehe- und Kindschaftsverfahren. 2003. *Band 106.*
Nojack, Jana: Exklusivnormen im IPR. 2005. *Band 152.*
Pattloch, Thomas: Das IPR des geistigen Eigentums in der VR China. 2003. *Band 103.*
Peinze, Alexander: Internationales Urheberrecht in Deutschland und England. 2002. *Band 92.*
Pfeil-Kammerer, Christa: Deutsch-amerikanischer Rechtshilfeverkehr in Zivilsachen. 1987. *Band 17.*
Plett, K. und *K.A. Ziegert* (Hrsg:) Empirische Rechtsforschung zwischen Wissenschaft und Politik. 1984. *Band 11.*
Pißler, Knut B.: Chinesisches Kapitalmarktrecht. 2004. *Band 127.*
Reichert-Facilides, Daniel: Fakultatives und zwingendes Kollisionsrecht. 1995. *Band 46.*
Reiter, Christian: Vertrag und Geschäftsgrundlage im deutschen und italienischen Recht. 2002. *Band 89.*
Richter, Stefan: siehe *Veelken, Winfried.*
Rohe, Mathias: Zu den Geltungsgründen des Deliktsstatus. 1994. *Band 43.*
Rothoeft, Daniel D.: Rückstellungen nach § 249 HGB und ihre Entsprechungen in den US-GAAP und IAS. 2004. *Band 122.*
Rühl, Giesela: Obliegenheiten im Versicherungsvertragsrecht. 2004. *Band 123.*
Rusch, Konrad: Gewinnhaftung bei Verletzung von Treuepflichten. 2003. *Band 109.*
Sachsen Gessaphe, Karl August Prinz von: Das Konkubinat in den mexikanischen Zivilrechtsordnungen. 1990. *Band 22.*
Sandrock, Andrea: Vertragswidrigkeit der Sachleistung. 2003. *Band 104.*
Schärtl, Christoph: Das Spiegelbildprinzip im Rechtsverkehr mit ausländischen Staatenverbindungen. 2005. *Band 145.*
Schepke, Jan: Das Erfolgshonorar des Rechtsanwalts. 1998. *Band 62.*
Scherpe, Jens M.: Außergerichtliche Streitbeilegung in Verbrauchersachen. 2002. *Band 96.*
–: siehe *Basedow, J.*
Schilf, Sven: Allgemeine Vertragsgrundregeln als Vertragsstatut. 2005. *Band 138.*
Schimansky, Annika: Der Franchisevertrag nach deutschem und niederländischem Recht. 2003. *Band 112.*
Schindler, Thomas: Rechtsgeschäftliche Entscheidungsfreiheit und Drohung. 2005. *Band 139.*
Schlichte, Johannes: Die Grundlage der Zwangsvollstreckung im polnischen Recht. 2005. *Band 144.*
Schmidt, Claudia: Der Haftungsdurchgriff und seine Umkehrung im internationalen Privatrecht. 1993. *Band 31.*

Schmidt-Parzefall, Thomas: Die Auslegung des Parallelübereinkommens von Lugano. 1995. *Band 47.*
Schnyder, Anton K.: Internationale Versicherungsaufsicht zwischen Wirtschaftsrecht und Kollisionsrecht. 1989. *Band 20.*
Scholz, Ingo: Das Problem der autonomen Auslegung des EuGVÜ. 1998. *Band 61.*
Schütze, Elisabeth: Zession und Einheitsrecht. 2005. *Band 155.*
Seibt, Christoph H.: Zivilrechtlicher Ausgleich ökologischer Schäden. 1994. *Band 42.*
Seif, Ulrike: Der Bestandsschutz besitzloser Mobiliarsicherheiten. 1997. *Band 52.*
Sieghörtner, Robert: Internationales Straßenverkehrsunfallrecht. 2002. *Band 93.*
Siehr, Kurt: siehe *Dopffel, Peter.*
Solomon, Dennis: Der Bereicherungsausgleich in Anweisungsfällen. 2004. *Band 124.*
Sonnentag, Michael: Der Renvoi im Internationalen Privatrecht. 2001. *Band 86.*
Spahlinger, Andreas: Sekundäre Insolvenzverfahren bei grenzüberschreitenden Insolvenzen. 1998. *Band 64.*
Stegmann, Oliver: Tatsachenbehauptung und Werturteil in der deutschen und französischen Presse. 2004. *Band 120.*
Stiller, Dietrich F.R.: Das internationale Zivilprozeßrecht der Republik Korea. 1989. *Band 19.*
Takahashi, Eiji: Konzern und Unternehmensgruppe in Japan – Regelung nach deutschem Modell? 1994. *Band 38.*
Tassikas, Apostolos: Dispositives Recht und Rechtswahlfreiheit als Ausnahmebereiche der EG-Grundfreiheiten. 2004. *Band 114.*
Thiele, Christian: Die zivilrechtliche Haftung der Tabakindustrie. 2003. *Band 115.*
Thoms, Cordula: Einzelstatut bricht Gesamtstatut. 1996. *Band 51.*
Tiedemann, Andrea: Internationales Erbrecht in Deutschland und Lateinamerika. 1993. *Band 34.*
Tiedemann, Stefan: Die Haftung aus Vermögensübernahme im internationalen Recht. 1995. *Band 45.*
Trulsen, Marion: Pflichtteilsrecht und englische family provision im Vergleich. 2004. *Band 129.*
Veelken, Winfried, Matthias Karl, Stefan Richter: Die Europäische Fusionskontrolle. 1992. *Band 30.*
Verse, Dirk A.: Verwendungen im Eigentümer-Besitzer-Verhältnis. 1999. *Band 72.*
Waehler, Jan P. (Hrsg.): Deutsch-polnisches Kolloquium über Wirtschaftsrecht und das Recht des Persönlichkeitsschutzes. 1985. *Band 12.*
– (Hrsg.): Deutsches und sowjetisches Wirtschaftsrecht. Band 1. 1981. *Band 4.*
– Band 2. 1983. *Band 9.*
– Band 3. 1990. *Band 25.*
– Band 4. 1990. *Band 26.*
– Band 5. 1991. *Band 28.*
Wang, Xiaoye: Monopole und Wettbewerb in der chinesischen Wirtschaft. 1993. *Band 35.*
Wazlawik, Thomas: Die Konzernhaftung der deutschen Muttergesellschaft für die Schulden ihrer US-amerikanischen Tochtergesellschaft. 2004. *Band131.*
Weishaupt, Axel: Die vermögensrechtlichen Beziehungen der Ehegatten im brasilianischen Sach- und Kollisionsrecht. 1981. *Band 3.*
Weller, Matthias: Ordre-public-Kontrolle internationaler Gerichtsstandsvereinbarungen im autonomen Zuständigkeitsrecht. 2005. *Band 143.*
Wesch, Susanne: Die Produzentenhaftung im internationalen Rechtsvergleich. 1994. *Band 39.*
Weyde, Daniel: Anerkennung und Vollstreckung deutscher Entscheidungen in Polen. 1997. *Band 58.*

Wiese, Volker: Der Einfluss des Europäischen Rechts auf das Internationale Sachenrecht der Kulturgüter. 2006. *Band 160.*
Witzleb, Normann: Geldansprüche bei Persönlichkeitsverletzungen durch Medien. 2002. *Band 94.*
Wu, Jiin Yu: Der Einfluß des Herstellers auf die Verbraucherpreise nach deutschem und taiwanesischem Recht. 1999. *Band 71.*
Wurmnest, Wolfgang: Grundzüge eines europäischen Haftungsrechts. 2003. *Band 102.*
–: siehe *Basedow, J.*
Zeeck, Sebastian: Das Internationale Anfechtungsrecht in der Insolvenz. 2003. *Band 108.*
Ziegert, K.A.: siehe *Plett, K.*
Zobel, Petra: Schiedsgerichtsbarkeit und Gemeinschaftsrecht. 2005. *Band 154.*

Einen Gesamtkatalog erhalten Sie kostenlos vom Verlag
Mohr Siebeck, Postfach 2040, D-72010 Tübingen.
Neueste Informationen im Internet unter www.mohr.de